

Zur Verschiebung  
eines weltpolitischen  
Machtgefüges

## **Pekings Politik in Afrika**

Alice Neuhäuser

In den letzten Jahren hat China den afrikanischen Kontinent für seine politischen Interessen neu entdeckt. So schloss die Volksrepublik umfangreiche Handelsabkommen mit afrikanischen Staaten ab, um den enormen Energiehunger ihrer rasant wachsenden Volkswirtschaft zu stillen. Dabei ist es für Peking besonders vorteilhaft gewesen, dass Afrikas Rohstoffreichtum zum großen Teil noch unerschlossen war. Aufgrund der übermächtigen Wirtschaftskraft Chinas gerät Afrika durch diese Entwicklungen in eine steigende wirtschaftliche Abhängigkeit, die derzeit unter dem Stichwort „Kolonialismus“ in den Fokus der Öffentlichkeit gelangt und die mittelfristig mit einer politischen Abhängigkeit einhergeht. Denn die Folge wird sein, dass Peking das geostrategische Machtgefüge nachhaltig zu seinen Gunsten verschiebt.

Künftige Rohstofflieferungen haben wegen der hohen Wirtschaftswachstumsraten einen beträchtlichen politischen Stellenwert. Die ehrgeizigen Ziele Pekings lauten, innerhalb der nächsten 36 Monate den Handelsumsatz mit afrikanischen Staaten auf über hundert Milliarden US-Dollar zu steigern und der wichtigste Handelspartner Afrikas zu werden. Schon heute belegt China in dieser Hinsicht den dritten Platz hinter den USA und Frankreich und vor Großbritannien. Über 800 chinesische Unternehmen sind momentan in Afrika aktiv, und die Tendenz ist steigend. Außerdem ist die Volksrepublik nach den Vereinigten Staaten der zweitgrößte Ölimporteur und

-konsument der Welt. Damit das Land seinen wachsenden Bedarf decken kann, stammen bereits über dreißig Prozent des von China erstandenen Öls aus Afrika. Es bezieht dieses überwiegend aus Algerien, Angola, dem Sudan sowie Nigeria, ferner Eisenerz und Kohle aus Südafrika, Mangan und Tropenholz aus Gabun, Kupfer aus Sambia, Diamanten, Holz und Kobalt aus dem Kongo sowie Platin und Chrom aus Simbabwe.

Peking verbindet mit dem afrikanischen Kontinent – anders als die westliche Welt – nicht in allererster Linie die Hungersnöte und Katastrophen, sondern dessen enorme Ressourcen und betrachtet Afrika deshalb als die wichtigste Wachstumsregion der Erde. Während die USA den Nahen Osten als Hauptenergiequelle nutzen und Europa zum großen Teil von russischen Lieferungen abhängig ist, sucht China neue Wege und konzentriert sich auf noch nicht von anderen Ländern erschlossene und durch Verträge langfristig gesicherte Märkte.

### **Zweifelhafte Handelspartner**

Nach dem Ende des Kalten Krieges hatte das internationale Interesse an Afrika erheblich nachgelassen. Für China scheinete demzufolge geradezu opportun, dieses Vakuum zu nutzen, ehe die strategische Bedeutung des afrikanischen Kontinents international erkannt wird und ein neuer Wettstreit um Afrika beginnt. Die Praktiken Pekings auf dem Weg zu den reichen Rohstoffvorkommen des afrikanischen Erdteils sind allerdings nicht unumstritten.

ten: Es verhandelt etwa auch mit repressiven Regimes und will sich so ganz bewusst von westlichen Ländern oder dem Internationalen Währungsfonds (IWF) abgrenzen, die die Einhaltung demokratischer Standards und der Menschenrechte als Bedingung für Handelsabkommen, Kredite oder Entwicklungshilfe einfordern.

Ein Beispiel für den fahrlässigen Umgang der Volksrepublik mit zwielichtigen Machthabern ist Angola, das als eines der korruptesten Länder der Welt gilt. Peking gewährte bereitwillig einen Kredit in Höhe von 2,2 Milliarden Dollar, den die Weltbank oder der IWF nicht mehr bereit waren einzuräumen. Im Gegenzug stieg Angola zum größten Rohöllieferanten Chinas auf und erzielte im vergangenen Jahr ein Wirtschaftswachstum von nahezu zwanzig Prozent. Für einen freien Zugang zu den reichen Chrom- und Platinvorkommen in Simbabwe kooperiert Peking sogar mit dem international isolierten Regime des Robert Mugabe. Neben ökonomischen Interessen engagiert sich die Volksrepublik auch militärisch und lieferte Kampfflugzeuge im dreistelligen Millionen-Wert.

### Ölgeschäfte mit Khartoum

Beim Fall des Sudan zeigen sich die zweifelhaften Methoden Pekings ganz besonders stark: Vor zwölf Jahren begannen chinesische Staatsunternehmen, sich in das Ölgeschäft des flächenmäßig größten afrikanischen Landes einzukaufen, und kontrollieren dieses mittlerweile zu gut vierzig Prozent. Auch im Sudan stieg infolge der chinesischen Investitionen das Wirtschaftswachstum rasant an und betrug im Jahr 2006 zwölf Prozent. Pekings energiepolitische Interessen im Sudan sowie seine Waffenverkäufe an die Konfliktparteien haben zur Folge, dass es sich nach wie vor nur unzureichend an einer politischen Lösung in der Krisenregion Darfur beteiligt. Vor vier Jahren hatten sich dort zwei Rebellenorganisationen

gebildet, die der islamistischen Zentralregierung in Khartoum vorwarfen, die Peripherie zu marginalisieren, und ihr daher einen bewaffneten Kampf androhten. Die Reaktion aus der Hauptstadt folgte prompt und mit äußerster Härte gegen die Zivilbevölkerung. Mehr als 200 000 Menschen fanden den Tod, und weit über zwei Millionen wurden vertrieben. Die internationalen Bemühungen zur Beilegung des Konfliktes scheiterten bislang am Veto Chinas im Sicherheitsrat oder an der von China geforderten Abschwächung zunächst hart formulierter UN-Resolutionsentwürfe.

Überdies kurbelt die Volksrepublik Handelsverträge mit finanziellen Anreizen an. Sie baute als Dankeschön für umfangreiche Abkommen neue Amtssitze, Flughafengebäude oder Staudämme in Algerien, Gabun, Namibia, Ruanda und im Sudan. All diese Investitionen waren gewiss eine wohlfeile Eintrittskarte für die ungehinderte Ausbeutung der reichen Rohstoffvorkommen in den betreffenden Ländern. Während des Kalten Krieges hatten afrikanische Machthaber ihre Mentoren noch in Paris, London, Washington oder Moskau sitzen, von denen sie regelmäßig mit Devisen und Militärhilfen ausgestattet wurden; insofern freut sie die neuerliche Beachtung nach den Jahren der politischen Bedeutungslosigkeit.

### Wachsende Abhängigkeit

Um den Eindruck zu vermeiden, Peking interessiere sich vornehmlich für die Bodenschätze, reiste der chinesische Präsident Hu während seiner zweiwöchigen Reise durch acht afrikanische Länder, Anfang dieses Jahres auch auf die Seychellen, die über keine Rohstoffe verfügen. Trotzdem ging es Hu natürlich vorrangig um die Handelsbeziehungen, so bedürfen auch die chinesischen Wachstumsraten von über zehn Prozent der Sicherung langfristiger Absatzmärkte. Hu betonte

immerzu, sich als gleichberechtigter Partner Afrikas zu sehen und die Zusammenarbeit zum gegenseitigen Nutzen vorantreiben zu wollen. Als Beweis führte er an, derzeit gar die Schaffung einer Freihandelszone mit dem afrikanischen Kontinent prüfen zu lassen. Doch die Kehrseite dieser Medaille wäre, dass afrikanische Staaten noch stärker als bisher mit chinesischen Billigprodukten überschwemmt würden. Allen voran die Textilindustrie würde hiervon betroffen sein, denn auch schon ohne Freihandelszone sind zum Beispiel in Sambia wegen der aus Asien stammenden Importe zwei Drittel der Unternehmen dieser Branche in den Konkurs getrieben worden. Ferner fällt auf, dass die in Afrika aktiven chinesischen Unternehmen selten einheimische Arbeitnehmer einstellen, sondern in der Regel ausschließlich Chinesen.

### Positive Aspekte

Trotzdem gibt es positive Aspekte des chinesischen Engagements: So ist es freilich sehr begrüßenswert, dass die Volksrepublik zahlreichen afrikanischen Ländern die Schulden erlassen hat und den ärmsten 28 sogar zugesteht, zollfrei nach China zu exportieren. Sie bewirkt damit einen Imagegewinn und düpiert den noch zögernden Westen, ihrem Beispiel endlich zu folgen. Fragwürdig bleiben natürlich die fehlenden Verpflichtungen für den Schuldenerlass, weil selbst Schurkenstaaten wie Äquatorialguinea ohne Gegenleistungen auf den Gebieten der demokratischen Standards oder Menschenrechtssituation in den Genuss kommen, 75 Millionen Dollar Verbindlichkeiten nicht zurückzahlen zu müssen. Kritisch gesehen werden muss daneben ebenso, dass Peking leichtfertig großzügige Kredite vergibt, wodurch sich viele afrikanische Staaten langfristig noch stärker verschulden werden, was eine nachhaltige positive Entwicklung noch schwieriger werden lässt.

Zudem gewährt China, das selbst noch als Entwicklungsland geführt wird und daher umfangreiche Zahlungen auch aus Deutschland erhält, Afrika Entwicklungshilfe, um der Entwicklungspolitik in den Vereinten Nationen zu mehr Gewicht zu verhelfen. Schwerpunkte sind Investitionen in die marode Infrastruktur und Verträge im Bildungs- sowie Gesundheitswesen. Die Zahl der chinesischen Projekte auf dem afrikanischen Kontinent beläuft sich insgesamt auf rund 700.

### Eigennütziges Engagement

Gleichwohl ist eine echte Empathie Pekings für die Belange der afrikanischen Staaten nur schwer zu erkennen. Denn sein Engagement ist gewiss nicht als uneigennützig zu charakterisieren, sondern es verlangt politische Gegenleistungen und betreibt unmissverständlich reine Machtpolitik. Afrika ist ein „idealer Expansionsraum auf dem beschleunigten Marsch zur Weltmacht“, erklärte *Zeit*-Autor Grill die Situation (Bartholomäus Grill, Die neuen Kolonialherren, in: *Die Zeit*, 14. September 2006). So fordert die Volksrepublik von den afrikanischen Ländern die vorbehaltlose Unterstützung für chinesische Positionen in internationalen Organisationen, wodurch eine politische Abhängigkeit begründet wird. Anschauliche Beispiele sind etwa die so genannte Ein-China-Politik oder der von Deutschland, Japan, Indien und Brasilien vorgelegte Reformvorschlag für den Weltsicherheitsrat. China erreichte, dass afrikanische Staaten, die rund 25 Prozent der Stimmen der Generalversammlung stellen, diesen deutlich zurückwiesen, sodass der Volksrepublik ein strategischer Schachzug gelang, nämlich die Verhinderung des Einzugs ihres Erzrivalen Japan in den Sicherheitsrat. Indem afrikanische Länder immer mehr die Sichtweisen Chinas einnehmen, entwickeln sie sich zum Gegenspieler der USA und Europas; im Ergebnis bezweckt Peking damit die Um-

gestaltung der strategischen Weltkarte zu seinen Gunsten.

Auch der Westen ist in seinem Verhalten gegenüber dem afrikanischen Erdteil nicht frei von Fehlern: So kommt es – wenn auch vereinzelt – heute noch vor, dass afrikanische Despoten in westlichen Hauptstädten hofiert werden. Außerdem bedarf das gelegentlich rücksichtslose Verhalten westlicher Konzerne in Afrika ebenfalls der Kritik. Dies soll jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass man an dieser Stelle den Westen nicht mit China gleichsetzen kann. Die Vorwürfe des Westens, Peking untergrabe konsequent die Demokratisierungsanstrengungen in Afrika, sind zweifellos sehr berechtigt. Denn während westliche Staaten mit den Bedingungen, die sie an afrikanische Länder stellen, die positive Entwicklung in diesen Staaten anstreben, zielen im Kontrast dazu die von der Volksrepublik verlangten Gegenleistungen auf ihr eigenes Interesse. Für viele Machthaber in Afrika sind die chinesischen Forderungen erheblich leichter zu erfüllen als die des Westens. Die Absage an einen Plan zur Reform des Sicherheitsrats oder die Nichtanerkennung Taiwans sind schnell umgesetzt und gefährden die eigene Macht nicht. Menschenrechtsverletzungen nachzugehen und demokratische Standards einzuführen sind dagegen vielen Despoten lästige Konzessionen, so dass sie einen Deal mit China vorziehen.

Überdies reagieren westliche Konzerne zunehmend verstimmt auf die chinesische Konkurrenz in Afrika. Die westlichen Finanzkonzerne ziehen immer häufiger den Kürzeren gegenüber den Chinesen, weil Peking westliche Restriktionen bei Kreditvergaben nicht zu berücksichtigen bereit ist. Darüber hinaus respektiert die Volksrepublik nur selten Embargos gegen diktatorische Regimes. Ähnliches ist bei westlichen Ölkonzernen zu beobachten, denn sie können oft nicht mit chinesischen Staatsunternehmen ernsthaft wettstreiten. Nahezu unbeachtet gelang es Pe-

king somit, seine Regeln in Politik und Wirtschaft zu oktroyieren.

### Späte Erkenntnis

Europa und die USA begreifen in diesen Wochen mehr und mehr, die strategische Bedeutung Afrikas nicht in entscheidendem Maße ernst genommen zu haben. Das chinesische Engagement war in dieser Hinsicht ein Weckruf in den westlichen Hauptstädten, neue Prioritäten zugunsten des bislang vernachlässigten Kontinents zu setzen. Immer noch ist es nur eine kleine Minderheit in den politischen Administrationen, die die tiefe Besorgnis, dass mit der ökonomischen auch die politische Bedeutung Pekings steigen werde, offen ausspricht. In Deutschland zeigt lediglich Bundespräsident Horst Köhler eine große Sympathie für den afrikanischen Erdteil und dokumentiert dies durch seine Besuche vor Ort.

Die zunehmende Abhängigkeit wird allmählich ebenfalls von einigen afrikanischen Politikern und Intellektuellen als Problem erkannt. Zu den prominenten Stimmen, die die chinesischen Methoden scharf kritisieren, zählt Südafrikas Präsident Thabo Mbeki, obwohl dessen Land mit einem Volumen von 6,8 Milliarden Dollar der wichtigste Handelspartner Chinas in Afrika ist. Mbeki warnt vor der Übermacht der Volksrepublik und prognostiziert, dass Afrika zu deren Kolonie werde und deshalb auf Dauer in der Unterentwicklung verharre. Daneben äußert sich der kenianische Sozialwissenschaftler Isaac Mbeche und hält Peking vor, gar nicht an einer gleichberechtigten Partnerschaft interessiert zu sein, sondern nur ein Auge auf die Rohstoffe geworfen zu haben. Der sudanesischer Regimekritiker Ali Askouri ergänzt, Chinas Politik sei rücksichtslos und nütze ausschließlich den politischen Führungen.

Fraglich ist, ob der in der Öffentlichkeit benutzte Begriff „Kolonialismus“ die Lage korrekt analysiert. Denn zum einen verzichtet China auf militärische Mittel,

die einst dem Kolonialismus den Weg bereiteten. Ferner beschwört es die vermeintliche Gleichberechtigung der Beziehungen zu Afrika und vermeidet tunlichst typische Verhaltensweisen der früheren Kolonialmächte. Es herrscht vielmehr offiziell ein guter Ton vor, und Afrika wird als ebenbürtiger Handelspartner bezeichnet. Darüber hinaus versucht die Volksrepublik, sich historischer Analogien zu bedienen und so ihr scheinbar ehrliches Interesse an Afrika zu dokumentieren. So verweist Peking auf den angeblich jahrzehntealten Schulterschluss zwischen dem asiatischen und afrikanischen Kontinent, der vor 52 Jahren mit der Bewegung der Blockfreien auf einem Asien-Afrika-Gipfel ins Leben gerufen wurde. Außerdem erinnert China an seine Unterstützung für einige afrikanische Länder beim Unabhängigkeitskampf.

### Neokoloniale Übermacht

Heutzutage verfolgt die Volksrepublik jedoch knallharte Wirtschaftsinteressen in Afrika; im Ergebnis reduziert sie afrikanische Länder gleichsam auf ihre Rolle als Rohstofflieferanten und verlangt überdies politische Gegenleistungen wie zum Beispiel die Vertretung der Ein-China-Politik. Dies sind klare Indizien für eine ökonomische und politische Abhängigkeit. Anstelle einer gleichberechtigten Partnerschaft ist eine klare Übermacht Pekings erkennbar. Aus diesen Gründen kann das chinesische Verhalten als „Neokolonialismus“ beschrieben werden.

Letztlich profitieren von den umfassenden Wirtschaftsbeziehungen zu China nicht die Abermillionen Menschen in Afrika, die gezwungen sind, tagtäglich um nackte Überleben zu kämpfen. Stattdessen muss ernüchternd festgehalten werden, dass primär nur die Machthaber und vor

allem diejenigen, die wegen ihrer diktatorischen Machenschaften kaum Verträge mit dem Westen abschließen können, von der Volksrepublik in ihrer Position gestärkt werden. Durch Pekings Methoden werden Despotie und Korruption erheblich gefördert. Jeffrey Sachs vom UN-Millennium-Projekt fordert zwar den Westen auf, weniger zu belehren, dafür mehr praktische Hilfe zu leisten; doch wäre es falsch, wenn westliche Staaten auf ihre Bedingungen verzichteten oder diese aufweichten. Denn Demokratien würden ihre Glaubwürdigkeit verlieren, wenn sie sich in ihrem Verhalten gegenüber den afrikanischen Staaten nicht denselben Werten verpflichtet fühlten wie zu Hause. Es ist wichtig, die langfristige Entwicklung des Kontinents nicht aus den Augen zu verlieren und sich mit Nachdruck für Demokratie und ein menschenwürdiges Leben in Afrika einzusetzen, zumal sich fundamentalistische Gesinnungen in vielen afrikanischen Staaten erschreckend schnell ausbreiten. Die Einmischung des Westens in die inneren Angelegenheiten afrikanischer Länder hat folglich nichts damit zu tun, anderen Ländern die eigenen Werte und das eigene politische System aufzuzwingen.

Für den Westen wird es aufgrund des chinesischen Engagements zunehmend schwieriger, Despoten von der politischen Bühne zu vertreiben. Peking mischt mit seiner neuen Afrikapolitik das geostrategische Machtgefüge beträchtlich auf. Gleichzeitig wird aber auch der Einflussverlust des Westens gegenüber der wachsenden Übermacht Chinas in Afrika sichtbar, wodurch das Scheitern der eigenen Afrikapolitik, der es nach wie vor an Entschlossenheit und Beständigkeit fehlt, dokumentiert wird. Insofern ist eine umfassende neue Afrikastrategie des Westens überfällig.